



Redaction Dr. W. Levysohn, i. V. P. Levysohn.

Donnerstag den 9. Mai 1850.

Die neuen Ablösungsgesetze und die Schutzmittel dagegen.

(Beschluss.)

Die Gesetze vom 2. März bedrohen aber nicht bloß die bäuerliche Bevölkerung. Der Staat d. h. die Steuerpflichtigen sind dadurch mit großen Verbindlichkeiten beladen worden. Der Staat hat die Garantie der Rentenbriefe an Zinsen und Kapital übernommen. Wer vermag die Größe dieser Verbindlichkeit zu überschauen; wer will die Eventualitäten berechnen, die den Amortisationsplan durch die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse Europa's zu Nichte machen können?

Jeder Bürger wäre gewiß zu einem Opfer, zu einem Beitrag für die schnelle Ausgleichung dieser Verhältnisse bereit gewesen, aber doch gewiß nur soweit, als es darauf ankam, die zu großen Zerrüttungen und Verluste zu mildern, nicht aber, um den Berechtigten damit noch neue Vortheile zu gewähren.

Die Folgen, welche die Emission dieser Rentenbriefe auf den Geldmarkt, auf den Cours der jetzigen Effekten und der davon abhängenden Unternehmungen haben werden, lassen sich noch gar nicht berechnen. Man hofft vielleicht, daß der Markt nicht so schnell mit diesen Papieren übersättigt werden wird, allein wir haben schon oben nachgewiesen, daß der eigene Vortheil des Gutsbesizers ihn treibt, den Rentenbrief so schnell als möglich in Kapital umzuwandeln, der Verlust von ein Fünftel trifft ihn nur, so lange er die Papiere behält. Die Unsicherheit der politischen Zustände, die Kapitalnoth der meisten Besitzer wird

auch dahin wirken; die Hypotheken-Verhältnisse hindern zwar den Gutsbesizer an der freien Disposition, allein die eingetragenen Hypotheken haben ganz das gleiche Interesse auf schnelle Ver Silberung, sie werden also sich schnell einigen.

Die Staatsschuldscheine geben nur $3\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen; es ist klar, daß ihr jetziger Cours sich nicht halten kann, wenn die Rentenbriefe auf den Markt kommen; sie müssen, wenn diese sich al pari erhalten, nothwendig unter $87\frac{1}{2}$ Prozent heruntergehen.

Auch die Eisenbahn-Effekten werden davon berührt werden; auch sie werden fallen, weil die Rentenbriefe mit zu großen Privilegien ausgestattet worden sind.

Man kann ohne weitere Auseinandersetzung leicht ermessen, welche verderbliche Folgen dieses Fallen auf eine Menge von Unternehmungen, auf eine Menge von Lebensverhältnissen ausüben muß. Dieses Fallen der Papiere war einer der Hauptanklagepunkte gegen die Revolution von 1848; die Männer der Ordnung haben jetzt ein Gesetz gemacht, was denselben Effekt haben wird.

Was ist unter solchen Umständen zu thun? Die Frage ist für die Demokratie von großer Bedeutung. Die ländliche Bevölkerung ist es vor Allem, der sie 1848 Schutz und Hülfe versprochen hat; sie hat noch jetzt diese Pflicht. Noch einmal, was ist da zu thun?

In den Tagesblättern Klagelieder erschallen lassen? Ueber Reaktion schreien? Damit ist jenen Pflichtigen nicht geholfen; diese Worte verhallen ohne Effekt.

Revolution machen? Jeder lacht bei solchen Vorschlägen, jeder weiß, daß solche historische

Krisen, wie sie Herr v. Radomiz euphemistisch nennt, Ereignisse sind, die über den Willen der Tagespresse erhaben sind; sie kommen wie die Kometen, unabhängig von subjektivem Belieben; kaum daß eine nothdürftige Berechnung ihrer Wiederkehr angestellt werden kann.

Die Hände in den Schooß legen? schweigen und auf bessere Zeiten hoffen? das ließe sich noch hören, wenn nicht diese Gesetze so klug berechnet wären, daß jedeögerung eine spätere Restitution unmöglich macht. Wenn diese Gesetze ausgeführt, wenn die Rentenbriefe in Cours gekommen sind, wenn die Gelder armer Mündel und milder Stiftungen in ihnen angelegt sind, wenn die Rittergutsbesitzer nichts davon mehr in Händen haben, dann vermag die Demokratie selbst mit der Staatsgewalt nicht das Uebel wieder gut zu machen. Die Aufhebung der Lasten trifft dann Personen, die mit diesen Verhältnissen nie etwas zu schaffen gehabt, die nur mit dem Staate auf Treue und Glauben sich eingelassen haben.

Dennoch hat die Demokratie ein Mittel, ein wirksames Mittel, um die ländliche Bevölkerung gegen die Gefahren dieser Gesetze zu schützen, um ihr die Möglichkeit frei zu erhalten, von kommenden besseren Zeiten noch Besseres zu erlangen. Es ist einfach und hält sich streng innerhalb des Gesetzes.

Es besteht darin, daß die Presse zunächst den Abgabepflichtigen den Rath erteilt, von dem Rechte der Ablösung durch Baarzahlung des achtzehnfachen Betrages keinen Gebrauch zu machen. Dadurch bleibt die Möglichkeit einer besseren Regulirung für günstigere Zeiten.

Das Zweite ist, daß die demokratische Presse, als Vertreterin der Volkspartei, ihre Ansicht von der Ungültigkeit dieser Gesetze, und somit auch der darauf gegründeten Rentenbriefe und Staatsverbindlichkeiten offen ausspricht. Hier tritt ein praktischer Vortheil von der Nichttheilnahme an den Wahlen hervor. Die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts und die Einführung des Drei-Klassen-Wahlsystems ist wiederholt als eine Verletzung der damals bestehenden Verfassung dargelegt, und selbst von den Regierungsorganen, wenn auch in milderer Fassung, anerkannt worden. Ist das neue Wahlgesetz somit ungültig, ist es ungültig geblieben, weil nur eine Minorität des Volkes nach demselben gewählt hat, so folgt von selbst auch die Ungültigkeit der von solchen Abgeordneten beschlossenen Gesetze. Alles dieses ist bekannt und hundertmal gesagt worden. Selbst

der Eid auf die Verfassung kann hierin nichts ändern, da er nur von dem einen Theile, nicht aber von dem Volke oder dessen legalen Vertretern geleistet worden ist. Es kann also mit voller Consequenz aus diesen unzweifelhaften Vordersätzen abgeleitet werden, daß die Rentenbriefe keine rechtsgültige Staatsschuld oder Garantie konstituiren. Sollte der Fortgang der Geschichte, oder ein Wechsel des Ministerii und Systems die Volkspartei zur Regierungsgewalt erheben, so wird deshalb dann die Regierung und die Vertretung in vollem Rechte sein, wenn sie die Anerkennung dieser Rentenbriefe verweigert und die Regulirung dieser bauerlichen Verhältnisse von Neuem nach gerechteren Grundsätzen vornimmt. Werden diese Rechtsansichten schon jetzt öffentlich ausgesprochen, Proteste erhoben, so kann sich Niemand beklagen, der sich auf den Erwerb dieser Rentenbriefe eingelassen hat. Er hat die Gefahr gekannt; er ist gewarnt worden; und bleiben damit die Rentenbriefe in Händen der ursprünglich Berechtigten, so ist der Staat gegen die Veränderung der Personen geschützt und er kann dann mit voller Gerechtigkeit an die normaliae Regulirung dieser Verhältnisse herangehen.

Wir geben diese Ansichten zur Prüfung; die öffentliche Meinung, die Presse mag sie erwägen, und letztere darnach handeln. (Dem. Bl.)

Schwurgericht zu Grünberg.

(Fortsetzung.)

Der Angeklagte wurde nun vom Vorsitzenden befragt, ob die vorgelesenen incriminirten Stellen wirklich in der Ronge'schen Brochüre enthalten seien. Herr Goldschmidt versicherte, den Inhalt der Brochüre nicht zu kennen, worauf sich der Vorsitzende veranlaßt fand, die in der Anklage bezeichneten Stellen mit dem einen confiscirten Exemplare zu vergleichen. Nach der weiteren Aussage des Angeklagten über seine Stellung in der Levysohn'schen Buchhandlung, über die Art und Weise des Verschreibens der Bücher und über die Unmöglichkeit, den Inhalt aller ankommenden Werke zu kennen, wurde zum Zeugenverhör geschritten. Der Prinzipal des Angeschuldigten, Dr. Levysohn, stellte es durch eine Schilderung der buchhändlerischen Verhältnisse als fast unmöglich dar, daß Goldschmidt die Schrift gelesen haben könne; Herr Schullehrer Tietzsch aus Niebusch, dem diese Schrift zur Ansicht zugesandt worden war, sagt aus, daß er

dieselbe nicht vollständig gelesen habe, und giebt an, auf welche Weise sie in andere Hände gelangt sei. Nach dem Zeugenverhör zeigte der Staatsanwalt in welchen Stellen Anreizung zum Hochverrath, in welchen Anreizung zum Aufruhr und in welchen Majestätsbeleidigungen enthalten seien und trägt darauf an, den Angeklagten dieser Vergehen für schuldig zu erklären. — Herr Rechtsanwalt Leonhard wies nun nach, daß außer der bloßen Handlung der Verbreitung andere Thatfachen nicht vorlägen, welche eine wissenschaftliche Theilnahme des Angeklagten an den strafbaren Handlungen darthäten. Es behaupte dies nicht einmal die Anklage; es widerlege sich auch durch die Unbescholtenheit des Angeschuldigten, sowie durch das geschäftsübliche und unbefangene Handeln desselben, sonst würde er dem *ic. Fietzsch*, dessen politische Gesinnung er nicht kannte, die Schrift nicht zugeschickt und ebensowenig das später confiscirte Exemplar offen haben ausliegen lassen; eben so wäre er durch die Abwesenheit des Herrn und der Frau Dr. Levysohn ungemein mit Geschäften überhäuft gewesen und endlich wäre es absolut unmöglich, alle, auch nur politische Schriften wegen der großen Masse derselben und wegen der Nothwendigkeit einer raschen Verbreitung, durchzulesen. Der Umstand, daß das Werk auf Verlangen geliefert worden sei, erkläre sich durch die buchhändlerisch gewöhnliche Benützung des Revolutionszettels, wozu noch komme, daß dem Angeklagten Ronge bisher nur als theologischer, nicht aber als politischer Schriftsteller bekannt sei; übrigens sei Goldschmidt nicht Verwalter, sondern Gehülfe, deshalb dürfe auch, wenn überhaupt Jemandem, nur seinem Prinzipal, der den Vortheil davon gezogen, die Verbreitung als Verbrechen angerechnet werden, denn sonst würde ja der Postsekretair, der Mitabonnent einer Zeitung der dieselbe einen anderen übergiebt, jeder Colporteur, ja sogar der conservative Patriot, der etwas in ein verbrecherisches Plakat einwickle und letzteres dadurch verbreite, ebenfalls für den Inhalt desselben verantwortlich gemacht werden müssen. Es könne also die Verantwortlichkeit des Verbreiters nicht lediglich auf die rein mechanische Weiterbeförderung bezogen werden, sondern es müsse mindestens die Kenntniß des Inhalts vernuthet werden, außerdem aber noch der Wille der Beförderung erhellen; beides träfe hier nicht zu. Würde aber diese Auslegung nicht adoptirt, so würde dies Gesetz den ganzen Buchhandel ruiniren, denn es sei unmöglich durchzuführen bei 10,000 jährlich in Deutschland erscheinenden Werken die aufgeschnitten, nicht zurückgenommen werden, und ebenso sei es unausführbar bei Büchern in fremden Sprachen, die meist gar nicht verstanden werden, eine Prüfung des In-

halts vorzunehmen; übrigens würde ein strenges Verfahren nach diesem Gesetze nur dem preussischen Buchhandel schaden, dem des deutschen Auslandes, namentlich Leipzigs, aber eher nützen, da jeder Privatmann sich solche Schriften leicht vom Auslande verschaffen könnte, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Es widerspräche dies auch dem obersten Grundsatz des Strafrechts, daß „im Interesse der Handhabung der Straf Gewalt,“ wie das Ministerium in den Motiven zu diesem Gesetze sage, Jemand für eine an sich ganz schuldlöse Handlung ebenso wie der Schuldige bestraft werden solle und es stehe auch mit der garantierten Abschaffung der Censur in Widerspruch, wenn statt des Censors, dessen Revision Unverantwortlichkeit mit sich führte, eine neue Censur des Verlegers, Druckers und Verkäufers eintreten solle. — Endlich aber sei auch das Gesetz auf den Angeklagten nicht anwendbar wegen der bloß subsidiären Strafbarkeit des Verbreiters, denn bekannt und im Reiche der richterlichen Gewalt seien sowohl der Verfasser Joh. Ronge, der nicht einmal, wie sich gehört, edictaliter vorgeladen worden sei, als auch die in Hamburg befindlichen Verleger und Drucker dieser Schrift. Diese letzteren müßten nach den Bundesbeschlüssen vom 25. September 1832 und 28. Oktober 1836 als im Reich der richterlichen Gewalt befindlich angesehen werden, noch dazu, da das von preussischen Truppen besetzte Hamburg auch zur deutschen Union gehöre. Uebrigens sei § 12 des Gesetzes vom 30. Juni 1849 durch die Artikel 28 und 109 der Verfassung vom 31. Januar 1850 aufgehoben worden und deshalb die allgemeinen Strafgesetze allein maßgebend.

Zum Schluß nahm der Verteidiger noch Bezug auf den Auspruch der Geschwornen zu Herford, die unter denselben Umständen einen Buchhändler freigesprochen haben, sowie auf die allgemeine Opposition des preussischen Buchhandels gegen dieses Gesetz.

Der Staatsanwalt wies darauf durch ein Schreiben des Breslauer Polizeipräsidiums nach, daß Ronge sich seit längerer Zeit dort nicht mehr aufhielte und sich wahrscheinlich in Hamburg befände. Nach dem Resumé des Vorsitzenden wurden auf Beschluß des Gerichtshofes die den Geschwornen vorzulegenden Fragen dahin festgestellt.

- 1) Ist der Angeklagte schuldig, durch Verbreitung der Schrift „Europa“ *ic.* eine erfolglose Aufreizung zum Hochverrath begangen zu haben?
- 2) Dieselbe Frage in Bezug auf Anreizung zum Aufruhr?
- 3) Dieselbe Frage in Bezug auf Anreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze?

4) Ist der Angeklagte schuldig, durch Verbreitung der Schrift „Europa“ u. öffentlich die Ehrfurcht gegen Sr. Majestät den König verletzt zu haben?

Nach $\frac{1}{2}$ stündiger Berathung antworteten die Geschwornen durch ihren Vorsitzenden Landrath a. D. v. Unruh auf sämtliche 4 Fragen einstimmig: Nein, der Angeklagte ist nichtschuldig!

Politische Tagesereignisse.

Berlin, 27. April. Wir erwähnten neulich eines Briefes von Dr. Mücke aus Südastralien; von den interessanten Notizen, die sich in demselben finden, führen wir noch folgende an: Der Acker Urland kostet 1 Pfd. Sterl. (etwa 7 Thlr.) und der urbar gemachte 40—60 Pfund. Arbeiter giebt es genug dort, aber für sehr hohen Lohn. Das Land wird über alle Maßen fruchtbar gepriesen, das 30. Korn ist gewöhnlich, das 45. häufig, Weintrauben von 20 Pfund sind nicht selten. Schomburgk, der eine urbargemachte Besitzung kaufte, hat unter seinem Weizen eine Staude, die aus 69 Halmen besteht. Mißerndten kennt man dort nicht. Viehsterben eben so wenig, denn die, frei in den Bergen umherziehend, ist kerngesund, fett und vermehrt sich außerordentlich. Das Klima Australiens wird als sehr gesund geschildert, von Krankheiten hört man dort wenig, nur ist die Temperatur sehr wechselnd. Von 30 Grad Reaumur fällt das Thermometer oft in Stunden auf 10 Grad. Die meisten Personen, welche das Schiff „Prinzeß Louise“ hinüberführte, stehen dort überall in großer Achtung, weil sie größtentheils den gebildeten Ständen angehören und ein Schiff mit solchen Passagieren bisher dort noch nicht eingetroffen ist. — Ein Bettler existirt in ganz Südastralien nicht, weil Alles arbeitet. Der reichste Mann dort, der Millionen besitzt, treibt seinen Bullochen hinter dem Pfluge und der Leinenfittel gilt so viel als das prächtigste Gewand. Der schönste Ruf Jemandes ist der: „Er arbeitet tüchtig.“

— Uhlisch ist am 23. von den Geschwornen in Magdeburg von der Anklage wegen Majestäts-Beleidigung freigesprochen worden. Die Gerichts-Verhandlung dauerte von früh 9 bis 6 Uhr Abends und während dieser ganzen Zeit war fast ganz Magdeburg in der gespanntesten Erwartung über das Schicksal eines der Edelsten seiner Bürger. Uhlisch's Rede, die mehrere Stunden dauerte, er-

griff alle Herzen, auch machten von den Entlastungszeugen der Assessor Achter und der Dr. Weigendorf großen Eindruck. Wie wir aus einem Privatschreiben ersehen, hatte sich eine ungeheure Menschenmasse vor dem Criminalgebäude eingefunden, Frauen brachten einen Wagen, in dem sie ihn fortziehen wollten. Bis in die späte Nacht hinein war sein Haus von Leuten umringt, die Freiheitlieder sangen und Uhlisch hoch leben ließen. Eine Bürgerversammlung im Grabauschen Lokale, unter dem Vorsitze Achter's, wurde im Namen des Gesetzes aufgelöst.

Breslau, 28. April. Wir erwähnten bereits die Anklageschrift gegen die Theilnehmer und Urheber des im Mai v. J. hier stattgefundenen Straßenkampfes; von den 88 Angeklagten sind beschuldigt: Der Dr. med. Engelmann, wegen Theilnahme am Aufbruch, weil er nicht allein zur Zeit des Aufbruchs und am Orte desselben mit Waffen gegenwärtig gewesen sei, sondern auch den Versuch gemacht habe, einen Theil der Stadtgemeinde Breslau zusammen zu bringen, um sich der Obrigkeit mit vereinigter Gewalt zu widersetzen. Der Literat Semrau, wegen Rath und Aufforderung zum Aufbruch, weil er durch seine am 6. Mai in der Volksversammlung im deutschen Kaiser an die Anwesenden gerichtete Ansprache einen Theil der Stadtgemeinde Breslau aufzufordern habe, sich der Obrigkeit mit vereinigter Gewalt zu widersetzen, oder Etwas von ihr zu erzwingen. Der Schneider Pelz wegen gleicher Anschulldigung. Dr. Stein wegen Aufforderung zum Aufbruch durch seine bei der Volksversammlung gehaltene Rede und durch eine an demselben Tage im Anna Kießling'schen Keller gethane Aeußerung. Dr. Elsner wegen gleicher Anschulldigung ebenfalls durch seine Rede und durch dieselbe im Anna Kießling'schen Keller gethane Aeußerung. —

Hannover, 23. April. Sicherm Vernehmen nach ist heute dem Gesamtministerium ein mit dem Siegel des Bundeschiedsgerichts zu Erfurt verschlossenes Packet auf der Post übersandt worden. Die Annahme der Sendung ist indeß verweigert. (Hann. Ztg.)

Hannover, 26. April. Die Niedersächsische Zeitung berichtet, daß zufolge einer heute den hiesigen Truppen bekannt gemachten Generalordre die schwarz-roth-goldenen Kokarden von dem hannoverschen Militär im Inlande ferner nicht mehr getragen werden.

Grünberg. Am 2. Mai fand hier eine Nachwahl für die I. Kammer statt, da Graf Rittberg die Wahl abgelehnt hatte. Es wurde zuerst der Fürst zu Carolath-Beuthen, und als dieser die Wahl nicht annahm, der Landrath des Saganer Kreises, Graf zu Dohna gewählt. — Wie viel Menschen im Kreise mögen wohl etwas davon gewußt haben, daß ein neuer „Volksvertreter“ für unsern Kreis zu wählen sei und wie viel Menschen im Kreise (die Standesgenossen des Gewählten etwa ausgenommen!) mögen wohl die politische Gesinnung dieses Volksvertreters kennen!

Wien, 27. April. Der Verräther Görgey leidet an einer Gemüthskrankheit, wie man bei uns spricht. Wir haben direkte Berichte aus Klagenfurt, denen zu Folge Görgey's Leiden mehr als Gemüthskrankheit ist, — eine seit lange an ihm bemerkbare Niedergeschlagenheit ist nun in völlige Geisteszerrüttung ausgeartet, welche nur selten mit lichten Momenten abwechselt. Der Ursprung und der psychologische Grund dieser Krankheit lassen sich wohl leicht herausfinden.

(N. D. 3tg.)

Auktion.

Montag den 13. d. M. Nachmittags 2 Uhr werden auf gerichtliche Verfügung im Landhause hierselbst: ein Schießgewehr, 2 Säcke, 6 Gewehrtheile, ein Viertel 49r Weißwein, 3 leere Glaskräusen, 2 Bispeln wollenes Garn, 3 Kessel, circa 2 Scheffel Roggenmalz, ein Kinderwagen und ein Schwein öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung in Pr. Courant verkauft.

Grünberg, den 8 Mai 1850.

Harmuth, Königl. Auktions-Kommissarius.

Kirchstellen-Verkauf.

Dienstag den 14. d. M. Vormittags 9 Uhr wird auf gerichtliche Verfügung die zur Luchmacher Carl August Heinrich'schen Nachlassmasse gehörige Kirchstelle, parterre Litt. B. Nro. 43 in der evangelischen Kirche öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung in Pr. Courant verkauft.

Grünberg, den 8. Mai 1850.

Harmuth, Königl. Auktions-Kommissarius.

Bekanntmachung.

Nach den pro Monat Mai e. eingereichten Selbsttaxen verkaufen die hiesigen Bäckermeister ihre Backwaaren wie folgt:

Semmel für 1 Sgr.

Sommer, Schindler, Berthold jun., Gliemann	24 Rth.
Pilz, Vir, Mesch, Röhrich	23 „
Hartmann, Schönsnecht, Ferkert, Richter, Pelsche,	
G. Mohr, Verlig, Seimert, Wittwe Horn	22 „
Sachtleben, Schirmer, H. Peltner, Steinbach	21 „
Berthold sen.	20 „

Brod für 5 Sgr.

Sommer	12 Pfd. 9 Rth.
Hartmann, Schindler, Pelsche, Berthold sen.,	
Berthold jun., Vir	11 „ — „
Mesch	10 „ 28 „
Gliemann, Röhrich	10 „ 24 „
Wwe. Horn, Ferkert, Richter, Verlig	10 „ 16 „
Pilz, G. Mohr	10 „ 8 „
Schirmer, Schönsnecht	10 „ 4 „
H. Peltner, Steinbach, Sachtleben, Seimert	10 „ — „

Grünberg, den 4. Mai 1850.

Das Polizei-Amt.

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich mich hier selbst als Zimmermeister etablirt habe, indem ich mich den geehrten Bewohnern Grünbergs und der Umgegend zur günstigen Beachtung empfehle, verpflichte ich mich bei möglichst billigen Preisen stets gediegene Arbeit und gutes Material zu liefern.

Meine Wohnung ist auf der Oberstraße in der ehemaligen Besizung des verstorbenen Zimmermeisters Herrn Sachwig.

Grünberg, den 6. Mai 1850.

F. W. Schulze,
Zimmermeister.

Holz-Verkauf.

Künftigen Montag, den 13. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, sollen im Rohrbusch an der Prittagerstraße

31 Klaftern	Kiefern	Reibholz,
12 „	„	Stochholz,
2 1/2 „	eichen	Scheitholz,
28 Schock	Kiefern	Reißig,
26 „	„	erlen
4 „	eichen	„
20 „	eichene	Weinspfähle

gegen Baarzahlung meistbietend verkauft werden. Kauflustige laden ergebenst ein.

Grünberg, den 6. Mai 1850.

Das Kathol. Kirchen-Collegium.

Im Verlage von Friedrich Gerhard ist erschienen:

Berliner Volksbote,

herausgegeben von Friedrich Gerhard.

Nro. 1. (April.)

Erscheint Mitte jeden Monats. — Abonnements-Preis vierteljährlich 5 Sgr. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (in Grünberg durch **W. Levysohn** in den drei Bergen.)

Der Zweck dieser Monatsschrift ist in folgender Ankündigung derselben ausgesprochen:

Der **Berliner Volksbote** möchte Nachricht erhalten und Nachricht geben von Allem, was innerhalb der Volkspartei vorgeht; von den Ereignissen, welche die Interessen der Volkspartei berühren, von denen einzelne oder viele der Parteigenossen betroffen werden; von den innerhalb der Volkspartei bestehenden oder durch sie angeregten Vereinigungen, von Volks-Vereinen, Bauern-Vereinen, Arbeiter-Vereinen, Gesundheitspflege-Vereinen, Vorschuss- und anderen Unterstützungs-Vereinen, gewerblichen und sonstigen Assoziationen; von der Thätigkeit der Parteigenossen in der Presse, sowohl in Volkschriften, in Flugchriften, als in regelmäßig erscheinenden Kreis-, Wochen- oder anderen Localblättern, welche der Volkspartei angehören. Die thätige und entgegenkommende Theilnahme der Parteigenossen allein vermag die Erreichung des Zweckes, den der „Berliner Volksbote“ im allgemeinen Interesse sich gesetzt hat, möglich zu machen. Die Namen der Verfasser der Artikel der ersten Nummer: **Bereynds, Paalzow, Meyen** und **Dr. Waldeck** werden den Geist des Volksboten genügend bezeichnen. Wie dieses erste Blatt, so wird jedes folgende einen kürzeren oder längeren Rückblick auf die politischen Ereignisse des verfloffenen Monats enthalten. Auch sollen in dem Berliner Volksboten Fragen von besonderer Bedeutung und von allgemeinem Interesse für die Partei besprochen werden. An alle Parteigenossen ergeht die Bitte, uns von allen wichtigen und interessanten Ereignissen möglichst bald und möglichst genau, wenn auch nur in aller Kürze, Nachricht zu geben. Die Redaktionen aller der Volkspartei angehörigen Localblätter aber bitten wir, uns einzelne ihrer letzten Nummern nebst den erforderlichen Notizen zukommen zu lassen, damit wir nächstens eine Uebersicht über diesen wichtigen Zweig der Presse geben können; nicht weniger aber auch in Zukunft uns von eintretenden Veränderungen in Kenntniß zu setzen. Zusendungen für den „Berliner Volksboten“ wolle man portofrei oder auf Buchhändlerwege an die Verlagshandlung von Friedrich Gerhard in Berlin, Matthäikirchstraße Nro. 10, gelangen lassen.

Männergesang-Verein.

Zu der nächsten Freitag den 10. d. Mts. im großen Saale des Herrn **Künzel** stattfindenden Versammlung, mit welcher die bereits angemeldeten Sommer-Zusammenkünfte eröffnet werden, erlauben wir uns die geehrten Damen zu recht zahlreicher Theilnahme hiermit ergebenst einzuladen. Die erste Abtheilung der Vereinsthätigkeit besteht wie gewöhnlich in musikalischen und deklamatorischen Vorträgen, während die zweite ausnahmsweise dem Tanzvergnügen gewidmet werden soll. Das Entree beträgt für die Person 2½ Sgr. Fremde haben nur Zutritt, wenn dieselben durch Vereinsmitglieder eingeführt werden. Der Saal wird präc. 7 Uhr geöffnet. Noch bemerken wir, daß Herr **Künzel** seinen kleinen Saal zum Garderobe-Locale bestimmt hat und knüpfen hieran den Wunsch, das Rauchen im Saale während der ersten Abtheilung zu meiden.

Der Vorstand.

Eine Unterstube ist zu vermieten und bald zu beziehen beim
Müller Staar,
Burgbezirk.

**Frischen geräucherten Wesser-
Bach's empfing und empfiehlt**

C. A. Fenscky.

Eine innerhalb der Stadt belegene geräumige Wohnung von 3 bis 4 Stuben und Zubehör wird zum 1. Juli zu mieten gesucht. Von wem? erfährt man in der Exped. dies. Blattes.

**Heute, Donnerstag,
als am Tage Christi Himmelfahrt,
Erstes großes
Garten-Concert.**

Anfang Nachmittags 4 Uhr, bei unfreundlichem Wetter im großen Saale, wozu ergebenst einladet
H. Künzel.

Wein-Verkauf bei:

Karl Decker neben der Post 46r 5 Sgr.
Ad. Pilz auf dem Silberberge 46r Weißw. 5 Sg.
Wurst in der Krautgasse 48r 4 Sgr.
August Rump am Markt 48r 4 Sgr.
Händler Hoffrichter, Rosengasse, 3 Sgr. 4 pf.
Karl Derlig, Niedersraße, 48r 4 Sgr.
Wittwe Schulz bei Dittke's Fabrik 49r 3 Sgr.
August Senst am Lindeberge 49r 3 Sgr.
Carl Rosmann, Schießhausbezirk, 49r 3 Sgr.

Kirchliche Nachrichten.

Gestorbene.

Den 30. April. **Bornertshofmann** **Johann Christoph** Bothe Wittwe, Anna Rosina geborene Klauke 85 Jahr 7 Monat (Alterschwäche.) — Den 2. Mai. **Einwohner** **Johann Gottlieb Friebe** Tochter, Emilie Bertha 4 Jahr 10 Monat 16 Tage (Bräune.) **Königlicher Post-Wagenmeister** **Johann Christian Bach** 38 Jahr (Unterleibsrantheit.) — Den 3. **Tuchmachergefellen** **Ernst Ferdinand Krause** Tochter, **Johanna Auguste** 12 Stunden (Krämpfe.) —

Gottesdienst in der evangelischen Kirche.

Am Sonntage Traudi.

Vormittagspredigt: Hr. Pastor Harth.

Nachmittagspredigt: Hr. Superintendent. u. Pastor prim. **Wolff**.